



Beschlussvorlage

Amt: Amt für Stadtplanung und -entwicklung

TOP: _____

Vorl.Nr.: V/2011/2483

Anlage Nr.: _____

Datum: 07.10.2011

Gremium	Sitzung am	Öffentlich / nicht öffentlich
Ausschuss für Umweltschutz, Dorfgestaltung und Denkmalschutz	18.10.2011	öffentlich

Tagesordnung

Sperrung der Mittel für eine Untersuchung auf Entlastung der Ortsdurchfahrt B 8 Uckerath, Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 28.09.2011

Beschlussvorschlag

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen wird abgelehnt. Die Untersuchung zur Entlastung der Ortsdurchfahrt Uckerath wird – wie bereits am 13.09.11 beschlossen – an die Rechtsanwälte Lenz und Johlen und die Ingenieurgesellschaft Brilon, Bondzio und Weiser vergeben.

Begründung

Kann der ortsübergreifende Schwerlastverkehr in den Ortslagen Uckerath und Bierth untersagt werden? Oder alternativ: Kann die Mautpflicht für LKW auf die Bundesstraße (B) 8 ausgedehnt werden? Diese beiden Fragen stellte der Umweltausschuss in seiner Sitzung am 16. März und bat die Stadtverwaltung Hennef, beide Alternativen zu prüfen.

Vom 21. bis 28 März führte die Stadtverwaltung auf der Grundlage des Beschlusses eine Verkehrszählung an zwei Stellen in Uckerath durch, bei der man hohe Belastungen der B 8 durch Pkw- aber auch durch Lkw-Verkehr feststellte. Gemessen wurde auf zwei Streckenabschnitten, jeweils in Richtung Hennef und Altenkirchen. Im Bereich Sportplatz B 8 (SC Uckerath) wurden im Schnitt insgesamt täglich 14.420 Fahrzeuge ermittelt (Durchschnittswert von 4 Werktagen), der prozentuale Schwerlastanteil schwankte an den Zähltagen zwischen 9,7 und 10,7%, in absoluten Zahlen liegt der Durchschnitt bei 1.485 Schwerlastfahrzeugen/Tag.

Im Bereich der Straße Im Scherbusch (Höhe Tankstelle Tank Treff) wurden im Schnitt insgesamt täglich 19.107 Fahrzeuge ermittelt (Durchschnittswert von 4 Werktagen), der prozentuale Schwerlastanteil schwankte an den Zähltagen zwischen 7,6 und 9,0%, der Durchschnitt in absoluten Zahlen liegt bei 1.630 Schwerlastfahrzeugen/Tag.

Im Rahmen der jetzt zur Diskussion stehenden Untersuchung soll u.a. geklärt werden, ob ein Verbot des Schwerlastverkehrs oder eine LKW-Mautpflicht überhaupt möglich sind und welche Konsequenzen u.a. derartige Maßnahmen auf das verbleibende Straßennetz haben könnten

(Stichwort Schleich- bzw. Mautausweichverkehre, Verkehrsverlagerungen auf Nebenstraßen). Ein entsprechender Antrag könnte dann z.B. über den Parlamentarischen Staatssekretär Horst Becker im Landesministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr an das Bundesministerium eingereicht werden. Das Bundesministerium kann, so sieht es ein neuer Gesetzentwurf des Bundestages vor, die Mautpflicht ausdehnen. Voraussetzung ist, dass die betreffende Straße für Mautausweichverkehr genutzt wird oder die Verkehrssicherheit einer Straße in Frage gestellt ist.

Diese im Umweltausschuss beschlossenen Fragestellungen müssen aus technischer (Ingenieurgesellschaft Brilon, Bonzio und Weiser) und - in Kooperation mit der Kanzlei Lenz & Johlen - rechtlicher Sicht untersucht werden. In diesem Ausschuss wurde daher am 13.09.11 beschlossen, die Gutachtergemeinschaft zu beauftragen und die notwendigen Haushaltsmittel außerplanmäßig bereit zustellen.

Aus Sicht der Verwaltung ist diese Untersuchung jetzt sogar noch dringlicher, da gem. der kürzlich erfolgten Neupriorisierung sämtlicher Bedarfsplanmaßnahmen des Bundes der Bau der OU Uckerath zwar bis zur Planungsstufe gebracht, danach aber nur noch nachrangig bearbeitet werden soll. Was dies konkret bedeutet, ist noch nicht abschließend klar. Nach Auskunft des Landesbetriebs Strassen NRW (LBS) wartet dieser derzeit auf bilaterale Gespräche mit dem Ministerium um u.a. zu erfahren, wie mit dieser Einstufung konkret in der Praxis umgegangen werden soll.

Fakt ist aber, dass sich das Problem der hohen Verkehrsbelastung in Uckerath nicht von alleine lösen wird. Die Stadtverwaltung ist gerade jetzt - unter den veränderten Rahmenbedingungen der OU Uckerath - auf das zu beauftragende Gutachten angewiesen. Die Stadtverwaltung und die politischen Gremien brauchen weitergehende sachkundige Informationen um zu prüfen, welche Möglichkeiten – abgesehen von einer Ortsumgehung – es ggf. überhaupt gibt um die Verkehrsbelastung im Sinne der Betroffenen in Uckerath, zu reduzieren. GGf. liefert diese Untersuchung die erforderlichen Argumente um entsprechende Maßnahmen vom Ministerium und/oder dem LBS einzufordern.

Hennef (Sieg), den 07.10.2011

Klaus Pipke